

Herausgeber

Prof. Dr. **Michael Brzoska**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg

Prof. Dr. **Heiner Hänggi**,
Genfer Zentrum für die
demokratische Kontrolle der
Streitkräfte (DCAF), Genf

Kapitän zur See **Heinz-Dieter
Jopp**, Führungsakademie der
Bundeswehr, Hamburg

Dr. **Erwin Müller**, Chefredakteur

Andreas Prüfert, Europäische
Organisation der Militärverbände
(EUROMIL), Brüssel

Schriftleitung

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**

Redaktion

Dr. **Erwin Müller** (V.i.S.d.P.)

Susanne Bund

Dr. **Bernhard Rinke**

Dr. **Patricia Schneider**

Dr. **Thorsten Stodiek**

Beirat

Dr. **Alyson J.K. Bailes**, Stock-
holm International Peace
Research Institute (SIPRI),
Stockholm

Dr. **Detlef Bald**, München

Prof. Dr. **Joachim Betz**,
Universität Hamburg

Prof. Dr. **Hans-Peter Dürr**,
Träger des Alternativen
Nobelpreises, München

Prof. Dr. **Pál Dunay**, SIPRI,
Stockholm

Prof. Dr. **Wolfgang Gessenharter**,
Helmut-Schmidt-Universität,
Hamburg

Dr. **Sabine Jaberg**, Führungsaka-
demie der Bundeswehr, Hamburg

Prof. Dr. **Charles A. Kupchan**,
Georgetown University,
Washington, D.C.

Dr. **Martin Kutz**, Führungsakade-
mie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. **Krzysztof Ruchniewicz**,
Willy-Brandt-Zentrum für
Deutschland- und Europastudien,
Wroclaw

Prof. Dr. **Susanne Feske**,
Universität Münster

Dr. **Martina Fischer**, Berghof
Forschungszentrum für Kons-
truktive Konfliktbearbeitung,
Berlin

THEMENSCHWERPUNKT

Nordostasien: Ratlosigkeit im Schatten der Atomkrise

Hans J. Giessmann*

Abstract: North Korea's nuclear test has altered the coordinates of stability not only for East Asia. The regime of non-proliferation is likewise put on a new critical test. What are the true intentions of the political and military rulers in the north of the Korean peninsula? What is behind their provocation which may trigger also – because of isolation is likely – considerable risks for North Korea? Beyond responding to these questions this paper analyses the reactions of the most important external actors in their search for a political resolution of the nuclear crisis: China, the U.S., and the Republic of Korea. Demands for a maximum without any readiness to compromise will not allow the negotiations to pass the deadlock. A renewed approach is necessary – realistic, pragmatic, and with creative intermediate steps.

Keywords: Atomwaffen, Nichtweiterverbreitung, Nordkorea, Ostasien, Regionale Sicherheit

Die ersten internationalen Reaktionen auf den am 9. Oktober 2006 in Hwaderi durch Nordkorea¹ vorgenommenen Atomtest waren scharf, teils aber auch kurzschlüssig. Das Regime in Nordkorea habe eine »Rote Linie« überschritten und dies unverzüglich rückgängig zu machen, hieß es in zahlreichen Regierungsbulletins, darunter auch in Washington und Beijing. Die Forderung war leichter erhoben als erfüllt. Warum sollte Pjöngjang ausgerechnet jetzt wieder einen Schritt zurückgehen, wo man doch aus dem demonstrierten Besitz der Kernwaffenfähigkeit prestigeträchtigen Machtzuwachs erhofft? Welche erfolgverheißenden

Druckmittel hat die internationale Gemeinschaft in der Hand, um das Regime zur Umkehr zu veranlassen und zur Aufgabe eines Programms zu zwingen, für dessen Gelingen bewusst ein immenser Verbrauch der knappen Ressourcen Nordkoreas in Kauf genommen wurde? Konnte es bereits früher nicht vom nuklearen Pfad abgebracht werden, wie soll dies funktionieren, nachdem das Regime anscheinend sein Ziel erreicht hat?

Das Atomprogramm Nordkoreas verändert die Koordinaten der Stabilität in Ostasien, aber darüber hinaus auch die der internationalen Sicherheit. Auf die fragile Balance der vier großen Staaten in der Region – die USA, China, Japan und Russland – nimmt ein Akteur stärkeren Einfluss, der sich aufgrund seiner unberechenbaren Natur und seiner ungewissen Zukunft für keine der Mächte als unterstützender Partner in den wechselseitigen Beziehungen eignet. Dies gilt für die USA, die, zwar als Hauptfeind erachtet, in der Vergangenheit zu-

* Prof. Dr. Giessmann ist stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des IFSH. Der Verfasser ist für Heather Gilmartins Recherchen zur Vorbereitung dieses Texts dankbar.

¹ Die offiziellen Bezeichnungen der beiden koreanischen Staaten lauten: Demokratische Volksrepublik Korea, (DVRK, manchmal auch: KDVR, engl.: DPRK) und Republik Korea (RK, engl.: ROK). Die Verwendung der umgangssprachlichen geographischen Bezeichnungen Nord- und Südkorea im folgenden Text dient lediglich einer vereinfachten Zuordnung.

gleich von Pjöngjang als wichtigster Partner in Augenhöhe für ein bilaterales Arrangement umworben wurden, aber auch für die beiden früheren Schutzmächte Russland und China, die längst mehr Risiken als Vorteile aus der Partnerschaft mit dem Regime von Kim Jong-il erwarten. Erst recht sieht sich das nahe Japan bedrängt, nachdem es bereits im vergangenen Jahrzehnt zur Adresse immer dreisterer militärischer Provokationen Nordkoreas wurde. Die Atomkrise stellt für alle regionalen Mächte eine unangenehme und zudem unkalkulierbare Störung ihrer Sicherheitslage dar.

Ihre politischen Reaktionen auf den Atomtest und seine destabilisierenden Folgen für die regionale Sicherheit verdeutlichen dabei zweierlei: einerseits das gemeinsame Bemühen um ein möglichst dauerhaftes Einhegen der militärischen Fähigkeiten Nordkoreas, andererseits ein hohes Maß an Ratlosigkeit, wie dieses gemeinsame Anliegen erreicht werden soll.

Hinzu kommt, dass der Test die vertraglichen Regelungen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen an den Rand des Abgrunds geführt hat. Erstmals hat ein früherer Mitgliedstaat des Nichtweiterverbreitungsvertrages (NVV) den Vertrag zunächst unterlaufen und später die eigene Mitgliedschaft aufgekündigt, um ein eigenes Atomwaffenprogramm zu verfolgen. Warum sollten sich andere Staaten wie Südkorea oder Japan davon überzeugen lassen, im Vertragssystem zu verbleiben, wenn sie durch einen Staat mit Drohungen überzogen werden, die den Einsatz von Atomwaffen nicht ausschließen? Neben dem Zerfall der Bindungskraft des Regimes der Nichtweiterverbreitung droht insofern eine destabilisierende Dynamik regionalen nuklearen Wettrüstens, deren Übergreifen auf andere Staaten und Regionen vielleicht nur noch eine Frage der Zeit ist.

Eine weitere Gefahr, die vom nordkoreanischen Atomprogramm ausgeht, ist die drohende Weitergabe nuklearer Schlüsseltechnologien an andere Staaten oder auch solvente nicht-staatliche Akteure. Bereits in der Vergangenheit hat Nordkorea vor allem aus wirtschaftlichen Gründen Waffensysteme an Staaten und Akteure geliefert, die durch Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte aufgefallen sind. Sollte sich diese Praxis im Bereich der Atomtechnologien fortsetzen, stünde im schlimmsten Fall der Zugriff terroristischer Gruppierungen oder terrorunterstützender Staaten auf Atomwaffen zu befürchten.

Vor dem Hintergrund dieser Bedrohungen ist die Forderung nach Umkehr an die Adresse Pjöngjangs wohlbegründet. In Anbetracht der stark zugespitzten politischen Weichenstellung und der komplexen Auswirkungen des Atomtests auf die regionale und die internationale Sicherheit werden jedoch allein verbale Forderungen nicht viel bezwecken, so oft sie auch wiederholt werden mögen.

1. Nordkorea und die Probleme der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

Die internationalen Bemühungen, den Zugriff Nordkoreas auf Kernwaffen zu verhindern, reichen knapp zwei Jahrzehnte zurück. Ihr Scheitern zeigt, dass ein Staat, der den Besitz von Kernwaffen unter allen Umständen anstrebt, allein durch die

völkerrechtlichen Instrumente der Nichtweiterverbreitung und durch politische Druckmittel anderer Staaten nicht daran gehindert werden kann. Umgekehrt heißt dies: Der Verzicht auf den Besitz eigener Kernwaffen durch Staaten ist nur dann verlässlich und von Dauer, wenn er bewusst und freiwillig erfolgt. Beides dürfte rückblickend nicht nur für den Fall Nordkoreas zutreffen, sondern vorausblickend auch eine Lehre für die noch schwelende *causa Iran* sein.

Die von der internationalen Gemeinschaft geforderte Rückkehr Nordkoreas zum *Status quo ante* dürfte auszuschließen sein, solange das Regime in Pjöngjang überzeugt ist, durch das Festhalten an der Kernwaffenoption eigene politische und wirtschaftliche Ziele gegenüber der Außenwelt besser durchsetzen zu können. Daran ändert auch die inzwischen bekundete Bereitschaft Pjöngjangs nichts, an den Verhandlungstisch der Sechs-Parteien-Gespräche² zurückkehren zu wollen. Dies könnte höchstens ein Signal dafür sein, vorläufig andere Optionen als die atomare Bewaffnung noch nicht völlig ausschließen zu wollen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre könnte es sich aber auch um ein weiteres Täuschungsmanöver handeln, um Zeit für eine von außen ungehinderte Fortsetzung des Programms zu gewinnen.

Ein vergleichender Blick auf andere Atomkräfte und so genannte Schwellenstaaten verdeutlicht die Schwierigkeiten, eine Weiterverbreitung von Kernwaffen zu bremsen. Die belegten Fälle, in denen Staaten auf eine von ihnen angestrebte und erworbene Kernwaffenoption wieder verzichtet haben, sind rar. Genau genommen trifft dies nur auf Südafrika zu. Mit der Überwindung der Apartheid wurden die Motive zur Beschaffung von Atomwaffen früherer Regierungen obsolet.

Die Ukraine, Belarus und Kasachstan, die ihre atomaren Arsenale nach 1991 verschrottet haben, hatten zuvor ein von ihnen *nicht* angestrebtes Erbe der Sowjetunion angetreten. Sie erachteten den Verzicht auf Atomwaffen nutzbringender als das zweifelhafte Prestige einer kleinen Atomkraft in russischer Nachbarschaft. Neben der erheblichen Belastung durch den Unterhalt des Arsenal wurde von ihnen vor allem das Entstehen eines perspektivlosen regionalen Wettrüstens befürchtet. Der freiwillige Verzicht wurde zudem durch wirtschaftliche und finanzielle Hilfen der USA und der EU belohnt.

Für Indien und Pakistan hätte wohl nur eine dauerhafte Friedensregelung zwischen beiden Staaten den Übergang zu Atomkräften und die Entstehung eines Abschreckungspatts in Südasien verhindern können. Der Besitz von Atomwaffen erweist sich für beide weder rück- noch vorausblickend als Zugewinn an Sicherheit, sondern reproduziert lediglich die bereits zuvor existierende Instabilität auf einer höheren und gefährlicheren Eskalationsstufe. Die Aussichten auf Umkehr und einen Verzicht auf Atomwaffen sind vor allem durch den ungelösten Macht- und Territorialkonflikt in und um Kaschmir getrübt. Umgekehrt dürfte aber auch dessen Befriedung durch das mittlerweile entstandene atomare Sicherheitsdilemma nicht erleichtert werden. Die Entwicklung in Südasien hat dabei noch eine kritische Weiterung. Indem die internationale Gemeinschaft den neuen Zustand als faktisch gegeben aner-

² Die Sechs-Parteien-Gespräche wurden im August 2003 begonnen. Teilnehmer sind Nord- und Südkorea, die VR China, Japan, Russland und die USA.

kannt hat, wurde der Anreiz für Schwellenstaaten wie Nordkorea und Iran noch erhöht, sich eigene Atomwaffen zuzulegen. Frühere Sanktionsdrohungen gegen Pakistan verhallen ungehört, die Drohungen nach erfolgtem Atomtest wurden nicht eingelöst. Die von der US-Regierung mit Indien vereinbarte strategische nukleare Kooperation muss, nachdem Delhi im Widerspruch zu den vertraglichen Regeln der Nichtweiterbreitung gehandelt hat, in Drittstaaten geradezu als Prämie für atomares Besitzstreben erscheinen.

Auch Nordkorea ließ sich von wiederholten Sanktionsdrohungen der internationalen Gemeinschaft nicht beeindrucken. Zwar hat sich im Nachhinein der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 14. Oktober 2006 mit seiner Resolution 1718 überraschend zügig auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket verständigen können, doch ist angesichts seines beschränkten Inhalts und erster erkennbarer Defizite bei der Implementierung zu bezweifeln, dass Pjöngjang hierdurch nachträglich noch zum Einlenken bewegt werden kann. Die nur wenige Monate zuvor in der Resolution 1695 enthaltene Warnung an Nordkorea, das Programm fortzusetzen, hinterließ keinerlei Wirkung. Insofern scheint unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich, dass wie schon bei den Präzedenzfällen Indien und Pakistan der Status Nordkoreas als Atommacht zumindest für einen längeren Zeitraum mehr oder weniger stillschweigend als gegeben anerkannt wird und auf dieser Grundlage neue politische Optionen sondiert werden.

Neben Indien und Pakistan gilt auch Israel als neuere Atommacht. Anders als Nordkorea hat Israel bisher jedoch den Besitz von Kernwaffen nicht offiziell eingestanden und enthält sich jeglicher nuklearer Erpressung seiner Nachbarn. Andererseits wird durch Tel Aviv bewusst offen gelassen, ob man nicht bei einem bewaffneten Angriff zum nuklearen Gegenschlag ausholen würde. Die Praxis des »Neither confirm, nor deny« gilt in Israel, das nach Expertenschätzung mutmaßlich über ein Arsenal von bis zu 200 Atomsprengköpfen verfügt³, als Faustpfand eigener Abschreckungssicherheit⁴ in einer instabilen Umgebung.⁵ Eine Verzichtserklärung Israels auf eigene Kernwaffen wäre jedenfalls erst dann zu erwarten, wenn im Rahmen einer dauerhaften Friedenslösung für den Nahen Osten das Existenzrecht Israels unstrittig und verlässlich gewährleistet ist und wechselseitige Kernwaffenfreiheit das konstitutive Merkmal einer regionalen Sicherheitsordnung für den gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens wäre. Solange beides nicht gegeben ist, wird Israel an seiner bisherigen Politik festhalten. Es besitzt hierfür auch die Rückendeckung der USA.

Im Iran streitet die Führung zwar offiziell ab, eigene Kernwaffen produzieren zu wollen. Gleichzeitig aber wird in den Moscheen und auf den Kundgebungsplätzen das Recht verteidigt, identifizierten militärischen Bedrohungen – namentlich durch die USA und Israel – mit allen Mitteln zu begegnen. Angesichts der Umstände – den anhaltenden Spannungen

im Mittleren Osten, einer durch Doppelstandards geprägten internationalen Politik zur Nichtweiterverbreitung sowie der bereits erfolgten und straflos gebliebenen Erweiterung des Kreises der Kernwaffenmächte – scheint klar, dass sich auch Iran kaum durch äußeren Druck abhalten lassen wird, ein eigenes atomares Waffenprogramm zu verfolgen, sollte dies trotz gegenteiliger Erklärungen durch die Führung in Teheran beabsichtigt sein. Nordkorea sieht sich insofern ermutigt und keineswegs isoliert. Die politischen Motive für die nordkoreanische Führung, eigene Kernwaffen als Druckmittel einzusetzen, sind allerdings – verglichen mit allen oben genannten Fällen – diffiziler. Dies gilt deshalb auch für die Chancen, das Rad der Entwicklung aufzuhalten oder wieder zurückzudrehen.

2. Politische Hintergründe des nordkoreanischen Atomprogramms

Die offiziell kolportierten Begründungen für das Atomprogramm beschränkten sich auf Seiten der nordkoreanischen Führung 20 Jahre lang auf einen einzigen Aspekt: die militärische Bedrohung durch die USA. Wurde diese Bedrohung bis zur Mitte der 1990er Jahre vor allem im Kontext der durch den vereinbarten Waffenstillstand für Pjöngjang erklärtermaßen unregelmäßigen Kriegsbeendigung auf der koreanischen Halbinsel und die Stationierung von amerikanischen Soldaten in Südkorea und Japan beschworen, so wurde dieses Argumentationsmuster im Zuge der von den USA geführten Interventionen in Jugoslawien, Afghanistan und Irak abgewandelt. Nordkorea erachtet sich seitdem als nächstes potenzielles Opfer einer gewaltsamen Entmachtungspolitik der Bush-Regierung gegen die Länder der so genannten »Achse des Bösen«⁶.

Aus der autistischen Perspektive des Regimes Kim Jong-ils reduziert sich deshalb der Anwesenheitszweck der zur Zeit etwa 100.000 US-Soldaten in Ostasien-Pazifik allein darauf, die erstbeste Gelegenheit zu nutzen, um eine Invasion gegen Nordkorea nach vorgefertigten Kriegsplänen (»Operationsplan 5027«) zu beginnen. Zum Auftakt überraschend und massiv geführte Zerstörungsangriffe unter Zuhilfenahme von zielgenauen Kernwaffen gehören dabei zum Katalog der festen Annahmen innerhalb der militärischen Führung Nordkoreas über das intendierte Vorgehen der USA bei einer jederzeit zu erwartenden Intervention.⁷

Während die nordkoreanische Führung offiziell vermeidet, in den Protest gegen die Anwesenheit amerikanischer Soldaten südlich der Entmilitarisierten Zone (DMZ) die südkoreanische Regierung einzubeziehen⁸, gilt diese Form der Zurückhaltung gegenüber dem östlichen Nachbarn Japan nicht. Tokio wird vielmehr offen und direkt unterstellt, das Konzept eines atomaren Erstschlags der USA zu unterstützen und seinerseits

6 <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>. Zugriff: 30. September 2002.

7 So GenMaj An Yong-Gi, Leiter der Abteilung Internationales im Verteidigungsministerium der DVRK gegenüber dem Verfasser am 31.05.2006.

8 Neben dem Interesse des Kim-Regimes, die dringend benötigten Hilfslieferungen aus Südkorea nicht abzuschneiden und Investoren u.a. in der nordkoreanischen Südküste und Sonderwirtschaftszone Kaesong nicht zu verprellen, zielt die Verschönerung des Nachbarn vor allem auf die Erosion der Verteidigungsbündnis zwischen der Republik Korea und den USA.

3 <http://www.fas.org/nuke/guide/israel/nuke>. Zugriff: 7.11.2006.

4 Vgl. hierzu als beste Abhandlung bisher das Buch von Avner Cohen, *Israel and the Bomb*. New York: Columbia University Press, 1998.

5 Das indirekte Eingeständnis eines israelischen Atomprogramms durch Ministerpräsident Ehud Olmert am 12. Dezember 2006 in Berlin wurde deshalb in Israel umgehend dementiert.

eigene technische, finanzielle und personelle Kapazitäten beizubehalten, um sich an einer Invasion auf der Halbinsel zu beteiligen.⁹

Das Regime hat auch seine Südpolitik neu justiert. Deklaratorisch wird, neben der militärischen Vorsorge gegen die USA, das Ziel der nationalen Vereinigung weiterhin als wichtigstes Element der Außenpolitik betont. Tatsächlich steht dieses Ziel seit 2001 nicht mehr an vorderer Stelle der politischen Agenda, sondern wird stattdessen als moralisches Druckmittel gegen Seoul eingesetzt, um den weiteren Zustrom von ökonomischen, technischen und finanziellen Hilfen aus Südkorea zu sichern und auszubauen. Kim Jong-il will den wichtigsten Lieferanten äußerer Hilfe, neben China, nicht verlieren. In Südkorea hat die innenpolitische Kritik an den Zuwendungen stark zugenommen, weil die im Gegenzug zur »Sonnenscheinpolitik« des Präsidenten Kim Dae-jungs angekündigten Reformen im Norden faktisch ausblieben und auch keine ernsthaften Bemühungen um Annäherung und Ausgleich zu verzeichnen sind. Die ohnehin bescheiden konzipierten wirtschaftlichen Reformen in Nordkorea waren bereits nach kurzer Zeit stecken geblieben, Umbaumaßnahmen etwa nach dem Vorbild des westlichen Nachbarn China scheiterten an der Intransigenz der Führung und an der Lethargie einer gleichgeschalteten und von unabhängigen Informationen völlig abgeschnittenen Bevölkerung.

Die von Kim Jong-il propagierte »Son-gun«-Politik (das Militär zuerst) ist Ausdruck der militärischen Verbarrikadierung der politischen Führung, sie verweist auf die Schlüsselfunktion militärischer Macht für die Herrschaft im Innern und für die Bestandssicherung des Regimes nach außen. Auf beide Funktionen gestützt entspricht es der strategischen Logik, nach den stärksten militärischen Instrumenten zu streben. Abgesehen von den Verschwörungstheorien, welche die außenpolitische Rhetorik in Pjöngjang bestimmen, verfolgt die Atompolitik Ziele, die sich nicht in den offiziellen Memoranden der Regierung oder in den stereotypen Stellungnahmen der regierungsamtlichen Medien niederschlagen. Sie lassen sich jedoch unter anderem aus den Forderungen Pjöngjangs bei den Sechsergesprächen ableiten.

Drei miteinander verflochtene Ziele können identifiziert werden. Erstens geht es um eine dauerhafte äußere Bestandsgarantie für das Regime. In politischer Hinsicht bedeutet dies die völlige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und eine bedingungslose internationale Anerkennung der bestehenden Hierarchien im nordkoreanischen Gesellschafts- und Herrschaftssystem. Nach der Interpretation von führenden nordkoreanischen Parteiideologen gehören zu den Lehren aus dem Wandel Mittel- und Osteuropas »Erkenntnisse« über die gezielte »außengesteuerte Erosion und Unterwanderung« der politischen Machtverhältnisse in den früheren sozialistischen Ländern. Die in den USA Mitte der 1990er Jahre und erneut seit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Präsident Bush aufgeflamten Diskussionen über die Bedingungen für eine so genannte »harte Landung« Nordkoreas – d.h. den gewaltsamen Zusammenbruch des Regimes – werden als Versuch angesehen, das in Osteuropa »geglückte Umsturzkonzept« auf

die Situation in Nordkorea zu übertragen.¹⁰ Die USA werden als Urheberin der größten Bedrohung für das politische System in Nordkorea erachtet. Nukleare Abschreckung soll insofern der Herstellung bilateraler Beziehungen »auf Augenhöhe« dienen und zugleich demonstrieren, dass jede Druckausübung von außen zweck- und perspektivlos ist. Paradoxiertweise gelten die USA aber nicht nur als größte Bedrohung, sondern auch als stärkster Partner, um den regionalen *Status quo* und damit die Selbstbestimmung Nordkoreas zu erhalten.¹¹ Entscheidend hierfür wird die potenzielle Einflussnahme der USA auf China und Südkorea mit dem Ziel erachtet, den von hier aus wachsenden Reformdruck auf das Regime aus übergeordnetem Stabilitätsinteresse abzumildern.

Zweitens dient der innenpolitisch als unersetzlich deklarierte Konfrontationskurs gegen die USA zur anhaltenden Disziplinierung der in diesem Schema indoktrinierten Bevölkerung. Die in der alltäglichen Propaganda kolportierte Unangreifbarkeit Nordkoreas als Atommacht erfüllt hierbei einen doppelten Zweck. Zum einen wird die Gesellschaft im Zustand permanenter Verteidigungsbereitschaft gegen militärische »Bedrohungen« von außen gefangen gehalten. Diese Bedrohung, im Reizwort vom »amerikanischen Imperialismus« zusammengefasst, rechtfertigt nicht nur, sondern verlange nach dem Besitz von abschreckenden Atomwaffen. Zum anderen soll die gegen den starken Druck der Außenwelt und speziell der USA bewerkstelligte »Errungenschaft« des Atomwaffenbesitzes das Vertrauen der Bevölkerung in die Allmacht des »lieben Führers« Kim Jong-il und die Gefolgschaft sichern und dadurch vom katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Mismanagement der politischen Führung ablenken.

Drittens schließlich – dies haben die nordkoreanischen Positionen während der Sechsergespräche, aber auch die zunächst harten und später wieder verbindlicheren Töne aus Nordkorea nach der Bekanntgabe der VN-Sanktionen offenbart – sucht die Führung in Pjöngjang in einem potenziellen Tauschgeschäft zumindest für Teile des Atomprogramms ein Maximum dauerhafter Zusicherungen wirtschaftlicher und finanzieller Art zu erlangen, mit dem das selbsttragende Überleben des Regimes im Geiste der »Juche«-Ideologie von außen zusätzlich abgesichert und alimentiert werden soll. Neben der Lieferung moderner Technologie für die völlig überalterte Schwerindustrie und die desolaten Verkehrsinfrastruktur erhofft sich die Führung Nordkoreas vor allem Lösungen für die Energie- und Nahrungsmittelversorgungsprobleme sowie einen ungehinderten Zugang zu den internationalen Märkten der Leichtindustrie. Diese Form der Junktim-Strategie charakterisierte bereits die Verhandlungsführung der Diplomaten Nordkoreas in den frühen 1990er Jahren.¹² Sie erlebte in den Sechser-Parteien-Gesprächen in den letzten Jahren eine Renaissance und erste Informationen aus Pjöngjang nach dem Test geben Anlass zur Annahme, dass Nordkorea von einer Position der Stärke nun noch weitergehende Zugeständnisse der Verhandlungspartner

10 Mitschrift des Verfassers eines Briefings mit Pak Yong-Son, Internationale Abteilung des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Pjöngjang, 31. 5. 2006.

11 Vgl. Hans-Joachim Schmidt, Konfrontation und Dialog? Entwicklung, Stand und Probleme der US-nordkoreanischen Beziehungen vor George W. Bush's Asienreise, in: HSFK-Bulletin Nr. 30, Winter 2001/02, FN. 16.

12 Vgl. Hans J. Giessmann, Sonnenschein über Korea: Mehr Schatten als Licht, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001, Münster 2001, S. 154-157.

9 Interview mit GenMaj An, vgl. FN 8.

zu erreichen sucht.¹³ Ob selbst unter Annahme einer erweiterten Konzessionsbereitschaft der Verhandlungsparteien, insbesondere der USA, Nordkorea bereit wäre, das Atomprogramm als Ganzes aufzugeben, bleibt jedoch völlig unklar. Der heftige Protest gegen die von den USA im Dezember 2005 verhängten Finanzsanktionen verdeutlicht zum einen, dass Nordkorea unter keinen Umständen gewillt ist, sich durch Dritte politische und wirtschaftliche Praktiken beschränken zu lassen, die für das Überleben des Regimes für unverzichtbar erachtet werden, selbst wenn sie gegen internationale Rechtsnormen verstoßen. Zum anderen deutet die verbale nukleare Erpressung der USA und der Nachbarn unmittelbar nach dem Atomtest an, dass das Regime offenbar beabsichtigt, den Druck auf die Verhandlungspartner zu erhöhen und sich das nukleare Instrument nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Wie unter diesen Vorzeichen ein Kompromiss erzielt werden kann, ist ebenfalls ungeklärt.

Die Schlüsselparteien zur Lösung der Sicherheitskrise in Ostasien sind jedenfalls – neben Nordkorea – die USA und China. Russland verfügt nicht über das notwendige politische Gewicht in der Region, um im Kräftespiel der sechs Parteien eine eigene Problemlösungsführerschaft reklamieren zu können und zeigt sich bemüht, eigenes Profil durch den demonstrierten Schulterschluss mit der VR China zu behaupten. Ähnliches gilt für das Bündnis Japans mit den USA, wobei die Regierung in Tokio infolge der besonderen Verwundbarkeit Japans durch nordkoreanische Raketen zusätzlich motiviert ist, die verteidigungspolitische Wort- und Handlungsführerschaft der Schutzmacht USA zu überlassen. Beide Länder könnten allerdings die Krise zu einem Befreiungsschlag für die kritischen Punkte ihrer wechselseitigen Beziehungen nutzen und auf die Nachbarn, insbesondere die VR China, noch stärker zugehen. Die Lösung der bilateralen Konflikte zwischen beiden Staaten dürfte jedoch nicht beeinflusst werden. Bilanzierend gilt jedenfalls: Weder russische noch japanische Eigeninteressen dürften einer Einigung der anderen Beteiligten in der Atomkrise im Wege stehen. Südkorea hingegen verfügt vor dem spezifischen Hintergrund der nationalen Frage durchaus über eigene Spielräume und wurde in den vergangenen Jahren durch sein wirtschaftliches und finanzielles Engagement immer mehr zu einem wichtigen potenziellen Garanten für eine »weiche Landung«, d.h. für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation im Norden der Halbinsel. Zudem war es die »Sonnenscheinpolitik« Kim Dae-jungs, die überhaupt erstmals die seit Jahrzehnten militärisch verrammelten Türen zwischen beiden Staaten öffnete. Ob Südkorea ein Verhandlungsergebnis befördern kann, bleibt unklar. Klar hingegen ist, dass die gegenwärtig diskutierte Beendigung der »Sonnenscheinpolitik« die Chancen der USA und Chinas einengen könnte, einen Ausweg aus der diplomatischen und politischen Sackgasse zu finden. Andererseits dürfte die Atomkrise im Süden dazu beitragen, eine nüchternere Nordpolitik zu verfolgen und die in den letzten Jahren entstandenen Risse im Bündnis mit den USA wieder verstärkt zu überbrücken.

13 Dies berichtete u.a. der Atomphysiker Siegfried Hecker (Stanford University), der kurz nach dem Atomtest Interviews mit Unterhändlern, Militärs und Atomexperten in Nordkorea geführt hat. Vgl. »N. Korea seen taking tougher stance at nuclear talks, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/11/15/AR2006111501052.html>, Zugriff: 29.11.2006.

Vor diesem Hintergrund sind die Positionen der USA, Chinas und im begrenzteren Umfang Südkoreas für eine Lösung der angespannten Lage in der Region von ausschlaggebender Bedeutung.

3. Nordkoreapolitik der USA im Wartestand

Die Atomkrise produzierte im Wahlkampfherbst 2006 neben dem Irak-Fiasko der Bush-Regierung die größten außenpolitischen Schlagzeilen im Wettbewerb zwischen Demokraten und Republikanern. Im neokonservativen Lager, das aber politischen Einfluss verloren hat, wurde sogar die sofortige Beendigung der Diplomatie gefordert. Stattdessen sollten die Raketenverteidigung der USA ausgebaut, humanitäre Hilfen für Nordkorea eingestellt und Japan aufgefordert werden, ein Atomwaffenpotenzial aufzubauen. Vorgeschlagen wurde sogar, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und Singapur zur Mitgliedschaft in der NATO einzuladen und Taiwan einen NATO-Beobachterstatus zuzubilligen.¹⁴ Zwar sind solche Positionen für die gegenwärtige Regierungsposition in Washington nicht bestimmend, sie verdeutlichen jedoch, dass in Teilen des konservativen Politikspektrums die eigentliche Herausforderung nicht in der nordkoreanischen Atomkrise, sondern vielmehr im Wandel der machtpolitischen Koordinaten gesehen wird und hierbei vor allem im wachsenden Einflussgewicht der VR China. Die Sorge, dass die USA dauerhaft an Einfluss verlieren, führt zu langfristig angelegten Überlegungen, wie die USA bei einer intensiveren Kooperation verbündeter Staaten ihr eigenes hegemoniales Rollenverständnis in Ostasien aufrechterhalten können.

Der Ruf nach einer militärischen Allianz mit den asiatischen Demokratien entspricht dabei der im Wesentlichen unveränderten Annahme der Neokonservativen, dass die weltpolitischen Entwicklungen auf einen erbarmungslosen globalen Macht- und Verdrängungskampf zusteuern, in dem nur ein weltweites und militärisch klar überlegenes Bündnis aller Demokratien unter Führung der USA genügend Überlebenschancen besitzt. Sie stehen mit ihren Auffassungen durchaus nicht allein. Auch in Japan gibt es Überlegungen, die auf ein stärkeres Engagement der NATO in Ostasien abzielen und dabei die Mitgliedschaft Japans in der Allianz nicht ausschließen. Allerdings dürften es, nicht zuletzt wegen der militärischen Misere im Irak, solche Gedankenspiele gegenwärtig schwer haben, genügend politische Unterstützung zu bekommen. Die Rückendeckung für eine Entmachtung des Kim-Regimes ist zwar weiterhin stark, jedoch hat sich mit der Erhöhung des Risikos auch die Vorsicht vermehrt. Außenministerin Rice warnte Japan, Südkorea und China ungewöhnlich direkt, nichts Provozierendes zu unternehmen, was zu einem nuklearen Rüstungswettlauf in Nordostasien führen könnte. Zugleich forderte sie die Staaten in der Region zu einer gemeinsamen Haltung auf und verlangte, die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen nicht zu unterlaufen.¹⁵

14 David Frum, früherer Redenschreiber von G.W. Bush, »Mutually Assured Disruption,« in: The Washington Post, 10. Oktober 2006, S. 25.

15 Condoleezza Rice, in »Face the Nation« CBS, 15.10.2006, zit. in: Asia Times Online, »China Pulls its Punches on North Korea,« 18.10.2006, unter: <http://www.atimes.com/atimes/China/HJ18Ad01.html>, Zugriff: 15.11.2006.

Die eindringliche Diktion der Außenministerin verdeutlichte zwar auch, dass im Vorfeld der Wahlen der erstarkenden demokratischen Opposition keine zusätzlichen Angriffsflächen gegen die Sicherheitspolitik der Regierung geboten werden sollten. Zum anderen aber, und dies ist entscheidend, hat die Bush-Regierung keine erfolgverheißende Strategie gegenüber Nordkorea und sucht deshalb, auch vor dem Hintergrund einer langfristig drohenden Konfrontation mit China in der Frage regionaler Vorherrschaft, für sich mehr als nur eine politische Option zu erhalten. Dabei ist unstrittig, dass die von den USA forcierten Sanktionen nicht nur Nordkorea an den Verhandlungstisch zurückholen sollen, sondern Ausdruck von Hoffnungen sind, mittels solcher Maßnahmen den Niedergang des Regimes zu beschleunigen. In den zurückliegenden Jahren scheiterten jedoch alle hierauf gestützten Szenarien.¹⁶

Die Wahlkampfretorik der Bush-Administration, die Verantwortung für das Desaster der Nordkoreapolitik der Vorgängerregierung zuschreiben zu wollen, ließ die Demokraten weitgehend unbeeindruckt. Dass die von G.W. Bush von einem Tag auf den anderen abgebrochene Politik seines Vorgängers erfolglos gewesen sei, kann angesichts des Scheiterns der Eindämmungsstrategie im Verlauf der vergangenen sechs Jahre kaum überzeugen. Die Nordkoreapolitik der Bush-Regierung war von Anfang an voller Widersprüche. Ähnlich undurchsichtig wie die Motive der Führung in Nordkorea, ließ die Bush-Regierung in »strategischer Ambiguität« offen, ob sie einen ernsthaften Kompromiss durch Verhandlungen wirklich wollte oder auf den Sturz des Regimes hinarbeitete.¹⁷

Führende Demokraten lästerten, dass das kombinatorische Gegenkonzept der Bush-Regierung aus »harscher Rhetorik und Untätigkeit« bestand und totalen Schiffbruch erlitten habe. Inzwischen erinnern sich auch viele Republikaner früherer Erfolge einer stärker multilateral angelegten Politik der Kombination von Stärke und Kooperation.¹⁸

Aus dem demokratischen Spektrum meldeten sich nach dem Atomtest prominente Stimmen zu Wort, die jetzt erst recht für eine Normalisierung der Beziehungen zu Nordkorea eintreten und dabei die von Pjöngjang lange Zeit geforderte Nichtangriffsgarantie der USA keineswegs mehr ausschließen wollen. Ihre Vorstellungen einer durch Kooperation beförderten allmählichen Transformation des Regimes gehen davon aus, dass weitere Konfrontationspolitik allenfalls der Regimekonsolidierung nach innen nutzen und ungerichtete Sanktionen vor allem die unterdrückte Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen würde. Beides wäre weder für eine Stabilisierung der Lage auf der koreanischen Halbinsel noch für die US-Interessen in Asien zielführend. Angesichts der skeptischen Positionen vor allem Chinas, Russlands und auch Südkoreas zur weiteren Verschärfung von Sanktionen, wird zudem befürchtet, dass auch die Hegemoniefähigkeit USA in Nordostasien dauerhaften Schaden nehmen könnte.¹⁹ Vor dem Hintergrund

der gescheiterten Druck- und Konfrontationspolitik besitzen solche Überlegungen größere Plausibilität, sie sind zum Teil aber auch ein möglicherweise trügerischer Silberstreif an Hoffnung, dass die politischen Möglichkeiten zur Überwindung der Krise nicht ausgeschöpft sind. Jedes Alternativkonzept zur bislang gescheiterten Politik ist deshalb daran zu messen, ob und wie es die bewusste und freiwillige Abkehr Nordkoreas von seinem Atomprogramm fördert. Hier liefern auch die Demokraten keine überzeugenden Ideen.

4. Außenpolitische Belastungsproben für China

Nordkoreas Alleingang brachte Chinas Führung in doppelte Verlegenheit. Zum einen signalisierte die minimale Frist der Vorankündigung des Tests, dass das Kim-Regime auch gegenüber dem einstigen Hauptverbündeten und wichtigsten Partner keine nennenswerte Rücksicht mehr nimmt, wenn es um die Umsetzung der eigenen politischen und militärischen Ziele geht. Zum anderen stellte der Versuch in den Augen Beijings einen immensen außenpolitischen Gesichtsverlust dar, einen »Schlag ins Gesicht«²⁰, denn immerhin sah sich China durch eine offenbar ratlose Bush-Regierung seit längerem umworben, eine stärkere Rolle als Makler einzunehmen. Die Förderung einer Lösung in der Atomfrage wäre für China nicht nur ein gehöriger Prestigeerfolg, es hätte auch die Rolle einer stabilisierenden Regionalmacht etabliert.

Jedoch reicht anscheinend selbst die faktische Überlebensabhängigkeit Nordkoreas von China – 70 Prozent der Lebensmittellieferungen stammen aus China, sogar bis zu 80 Prozent der Energie – nicht aus, die Politik des Kim-Regimes entscheidend zu beeinflussen. Das offensichtliche chinesische Konzept, den Verzicht Nordkoreas auf Atomwaffen mit »amerikanischem Gold aufzuwiegen« ist gescheitert, und zwar nicht – wie in China bislang befürchtete – an fehlender Konzessionsbereitschaft der USA.²¹ Der nordkoreanische Alleingang belastet das beiderseitige Verhältnis. Dass die VR China der Forderung der USA nach Sanktionen der Vereinten Nationen zügig nachgab, und dabei das »unverantwortliche«²² Verhalten Pjöngjangs anprangerte, war insofern kaum überraschend. Es war auch ein unmissverständliches Signal des Unmuts an die Adresse Kims.

Die strategischen Interessen Chinas haben sich allerdings trotz allem nicht geändert, und die gemeinsame Position mit den USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bedeutet keinen Politikwechsel. Weder liegt eine Eskalation der Spannungen vor der eigenen Haustür im chinesischen Interesse noch würde sich China mit einer erneuerten Hegemonialpolitik der USA in Ostasien abfinden. Aber noch zwei weitere Probleme drücken noch schwerer als zuvor. Zum einen sorgt sich China, dass das nordkoreanische Atomprogramm zu einer atomaren Bewaffnung Japans und Südkoreas bzw. zur Errichtung von Raketenverteidigungen der USA in den beiden

16 »In '97, U.S. Panel Predicted a North Korea regime collapse in 5 Years«, in: NYT, 17.10.2006.

17 Kay Möller/Oliver Thränert, Nordkoreas Atombombentest, in: SWP-Aktuell 47, Berlin, Oktober 2006, S. 7.

18 William J. Perry, »In Search of a North Korea Policy«, in: Washington Post, 11.10.2006, S. A19.

19 James E. Carter, »Solving the Korean Stalemate, One Step at a Time«, in: NYT, 11.10.2006, S. A27.

20 Vgl. Jing-dong Yuan, unter: <http://www.cfr.org/publication/11791/>, Zugriff am: 8.11.2006.

21 Joseph Kahn, »Angry China is likely to toughen its Stand on North Korea«, in: NYT, 10.10.2006.

22 »Election of Ban Ki-Moon as UN Secretary General and Korean Peninsula Nuclear Issue« (Op-Ed), in: China People's Daily, 17. Oktober 2006.

Ländern und auch in Taiwan führen könnte. Zum anderen könnte die Erhöhung des Drucks auf Nordkorea auch den internationalen Sanktionsdruck auf Iran verstärken und dadurch wirtschaftliche Interessen Chinas gefährden.²³ Ebenso wie für die USA ist auch für China das Bemühen um eine multilaterale Abfederung der Risiken und eine engere Kooperation mit den Nachbarn ohne Alternative. Insofern ist die chinesische Kritik an Nordkorea mehr als nur ein Ausdruck von Enttäuschung und Empörung. Sie verdeutlicht, dass China auch bereit sein könnte, den Verbündeten fallen zu lassen, wenn dies den eigenen Sicherheitsinteressen dienlich ist.

Tatsächlich verbinden sich für die chinesische Führung mit der Zukunft des Kim-Regimes unterschiedliche Herausforderungen, von denen die Bewältigung der Atomkrise nur eine von mehreren kritischen Facetten ist. Ein Sturz des Regimes könnte eine Flüchtlingswelle nach China auslösen und im schlimmsten Fall dazu führen, dass amerikanische oder südkoreanische Soldaten bis an die Grenzen Chinas vordringen. Ein Regime, das seinen Erhalt auf die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen stützt, stellt nicht nur für die chinesische Sicherheit eine inakzeptable Bedrohung dar, sondern könnte den gesamten ostasiatischen Raum gefährden – mit erheblichen Auswirkungen auch kurzfristig auf wirtschaftliche Prosperität und Zusammenarbeit in der Region. Im Zuge der wachsenden außenwirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten ist auch dies für China eine unwillkommene Aussicht. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die regionale Instabilität zur weiteren Zuspitzung des Taiwan-Problems führen könnte. Sollte sich Taiwan noch stärker unter den Schirm der USA begeben und dadurch die Unabhängigkeitspolitik neuen Auftrieb erhalten, könnte dies neuen Handlungs- und Entscheidungsdruck auf chinesischer Seite hervorrufen. Der Unabhängigkeitspolitik Chen Shui-biens hatte China ein Antisessionsgesetz entgegengestellt, mit dem die Initiative in der Taiwan-Politik zurückgewonnen und das alleinige Recht zur Auswahl der politischen Optionen für Beijing reserviert werden sollte. Die Zuspitzung der Lage in der Taiwanstraße könnte dieses Konzept zu Fall bringen.

All dies hat zur Folge, dass China vorläufig an der Politik der Partnerschaft mit Nordkorea festhalten wird, um nicht vollends den Einfluss auf den unbequemen Nachbarn einzubüßen, und gleichzeitig bemüht sein wird, in Kooperation mit den Nachbarn die drohende Verbreitung von Atomwaffen in Ostasien aufzuhalten.

5. »Sonnenuntergang« in Südkorea?

Am Tag nach dem Atomtest waren landesweit Rufe zu vernehmen, die eine sofortige Beendigung der vom früheren Präsidenten Kim Dae-jung initiierten »sunshine policy« der Annäherung an den Norden forderten. Die innenpolitische Unterstützung dieser Politik ist schon seit längerem deutlich abgekühlt. Die einst geweckten Hoffnungen auf einen »Wan-

23 Vgl. Howard French, Letter from China: Difficult Choices Ahead on North Korea Alliance, in: NYT, 19.10.2006.

del durch Annäherung«²⁴ haben sich nicht erfüllt, in der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die Politik des Kim-Nachfolgers im »Blue House« lediglich noch als ein gigantischer Ressourcentransfer zu einseitigem Vorteil für den Norden, jedenfalls ohne Sinn und Zweck für das Ziel der Vereinigung. Die Popularität des Präsidenten Roh und seiner Uri-Partei hatte bereits vor dem Atomtest seinen Tiefpunkt erreicht. Der Test wurde von der Opposition zum Anlass genommen, der Regierung nicht nur vorzuwerfen, die Gefährlichkeit des Regimes in Nordkorea fahrlässig unterschätzt zu haben, sondern zusätzlich auch, dass sie über die Jahre hinweg das Verteidigungsbündnis mit den USA untergraben habe. Hintergrund der neuen Einwände sind die Spannungen im Verhältnis zwischen beiden Staaten in den zurückliegenden Jahren. Diese Spannungen resultieren zum Teil aus der Kritik an Ziel und Stil der Politik der Bush-Administration gegenüber Nordkorea während der ersten Amtsperiode. Die Nordkoreapolitik der US-Regierung wurde als Alleingang verurteilt, bei dem die Interessen Südkoreas als unmittelbar mitbetroffene Partei nicht genügend beachtet worden seien. Die mangelnde Reformbereitschaft Kim Jong-ils, die fortgesetzten Spionageaktivitäten und militärischen Provokationen sowie die Fortsetzung des Atomprogramms haben vor dem Hintergrund offenbar wirkungsloser Hilfslieferungen die Stimmung im Lande zuungunsten der Roh-Regierung verändert und Positionen gestärkt, die auf eine härtere Gangart an der Seite der USA zielen.²⁵

Unter dem Druck der Ereignisse hat die Roh-Regierung jüngst eine Überprüfung der »Sonnenscheinpolitik« angekündigt. Doch über welche Optionen verfügt sie tatsächlich? Die Rückkehr zur militärischen Konfrontation würde die Sicherheit nicht verbessern, liegt doch das ganze Land im Zielbereich hunderter Raketen im Norden. Selbst ein flächendeckender Ausbau der Verteidigung könnte die erheblichen Schadensrisiken nicht beseitigen. Die diplomatischen Freiräume, auch gegenüber dem Verbündeten USA, die sich Südkoreas Außenpolitik in den letzten Jahren erworben hat, zugunsten einer Vasallenpolitik wieder abzugeben, liegt auch nicht im eigenen Interesse. Hinzu kommt, dass Südkorea mit dem einstigen Rückenwind der »Sonnenscheinpolitik« auch wechselseitig vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen zu China ausbauen konnte. Militärische Spannungen auf der Halbinsel könnten dem neuen Verhältnis empfindlichen Schaden zufügen. Schließlich profitiert die südkoreanische Wirtschaft außerdem von dem Ausbau der Wirtschaftszone Kaesong nördlich der Entmilitarisierten Zone. Bis 2006 hatten bereits 11.000 Unternehmen Lizenzen zur Ansiedelung beantragt.²⁶

Ähnlich wie für China stünde deshalb ein Strategiewechsel – trotz der rhetorischen Schärfe – auch in Seoul nicht auf der Tagesordnung,²⁷ würden sich die langfristigen strategischen Interessen behaupten. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Empörung über das rüde Vorgehen demokratische Entscheidungen bewirkt, die den eigentlichen stra-

24 Kim Dae-jung hat mehrfach Sympathie für das von Egon Bahr einst entwickelte Konzept bekundet und mit ihm darüber auch persönlich beraten.

25 Vgl. z.B. »Who tried to Remove our nuclear shield« (Op-ed), in: Chosun-Ilbo, 17.10.2006, auch: »Do you want a War« in: Dong-a Ilbo, 16.10.2006.

26 Nach Auskunft der Projektleitung der Wirtschaftszone Kaesong, Interview des Verfassers am 1.6.2006 in Kaesong.

27 Vgl. »Seoul dismisses U.S. call for halt to inter-Korean projects«, in: Yonhap, 18.10.2006.

tegischen Interessen zuwiderlaufen. Paradoxerweise ist aber auch möglich, dass ausgerechnet die USA einer politischen Umorientierung in Seoul Steine in den Weg legen. Sollten sie sich zu einem engeren Zusammengehen mit China im Interesse einer politischen Lösung der Atomkrise entschließen, dürfte eine Kehrtwende zur Konfrontation in Südkorea kaum in ihrem Interesse sein.

6. Ausblick

Die Ende Oktober verkündete Bereitschaftserklärung Nordkoreas an die Adressen der USA und Chinas, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, genügte im ersten Moment bereits, Erleichterung bei allen Beteiligten hervorzurufen. Dabei hat sich durch dieses Signal in der Sache zunächst nichts geändert, und es bleibt unklar, wie es tatsächlich um die »Verhandlungsbereitschaft« Nordkoreas bestellt ist. Indizien, die auf eine Vereinbarung hinweisen, die den Verzicht Nordkoreas auf den Besitz von Atomwaffen auch nur andeuten, gibt es bisher keine.

In der »Gemeinsamen Erklärung« zum Abschluss der 4. Verhandlungsrunde am 19. September 2005 schien nach langwierigem und zäh verlaufendem Hin und Her ein Durchbruch gelungen und ein Fundament für eine Lösung erreicht, die eine Aufgabe des Atomprogramms beinhaltet hätte. Die im gleichen Monat verhängten Sanktionen der USA gegen nordkoreanische Treuhandbanken wurden jedoch von Nordkorea benutzt, um den erzielten Verhandlungskompromiss umgehend zu verwerfen. Nach der Durchführung des Atomtests ein neues Kompromisspaket von der Qualität der Vereinbarungen vom 19. September 2005 schnüren zu können, ist unwahrscheinlich. Zwar haben die USA angeboten, auch die Frage der Finanzsanktionen in die neu geplanten Verhandlungen aufzunehmen, ob dies letztlich die Verhandlungen eher fördert als bremst bleibt aber ungewiss. Die Rahmenbedingungen für die Sechs-Parteien-Gespräche haben sich bereits geändert, und um erreichbare Ergebnisse scheint es vorläu-

fig weniger ehrgeizig und weniger optimistisch bestellt. Ob Nordkorea bereit ist, sich den so empfundenen strategischen Vorteil wieder abhandeln zu lassen, ist ebenso unsicher wie die Bereitschaft der USA, auch andere Ergebnisse als den völligen Verzicht auf Atomwaffen überhaupt ins Kalkül zu ziehen. Für weitergehende Verhandlungschancen schlägt der Umstand zu Buche, dass der 2008 scheidende US-Präsident keine innenpolitische oder wahltaktische Rücksicht mehr zu nehmen hat und vor dem Hintergrund der offenen Dilemmata des »War on Terror« einen außenpolitischen Erfolg am Ende seiner Amtszeit anstreben könnte. Dagegen spricht auf Seiten der USA die infolge der jüngsten Wahlen bereits deutlich geschwächte Position der Bush-Regierung, die sich weiter abschwächen wird, je näher die *Primaries* für die nächsten Präsidentschaftswahlen rücken. Das vielfach unberechenbare Regime Nordkoreas könnte sich als ein zu großes Risiko für weitere Fehlschläge der Außenpolitik der USA erweisen, insbesondere wenn diese in der öffentlichen Wahrnehmung durch eigene Kompromissbereitschaft erleichtert werden. In Anbetracht dieser Aussichten wäre es schon ein Gewinn, wenn sich die Befürchtung einer regionalen nuklearen Rüstungsspirale in Nordostasien nicht erfüllten und bescheidenere Etappenziele in den Verhandlungen anvisiert werden, die vom veränderten *Status quo* ausgehend die Krisenstabilität in der Region stärken. Anders als bisher könnte dies Verhandlungsergebnisse einschließen, die nicht in jedem Fall von vornherein auf das »große Junktin« des Kernwaffenverzichts abzielen, sondern die Rahmenbedingungen für eine große Lösung günstig beeinflussen. Der Abschluss des ausstehenden Friedensvertrags auf der koreanischen Halbinsel gehört hier dazu, die Vereinbarung von Testmoratorien für Atomwaffen und ballistische Raketen, aber auch der intensivere Ausbau der Wirtschaftszone Kaesong entlang der militärisch brisanten Demarkationslinie zwischen den beiden Koreas. Der Anreiz, durch politische und wirtschaftliche Kooperation zu wechselseitigem Vorteil den Frieden zu erhalten, bleibt die beste Voraussetzung, um das Gewicht militärischer Instrumente zu relativieren. Diese in anderen Weltregionen gezogene Lehre besitzt auch in Nordostasien ihre Gültigkeit.